



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

573 (12.12.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-206885](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-206885)

Die deutsche Note über die Entwaffnung

Nachweis lokaler Erfüllung der Vertragsbestimmungen

In der am Montag der Vorkonferenz in Paris übergebenen Note der Reichsregierung betreffend die Entwaffnungsnotiz heißt es u. a.:

Die alliierten Regierungen gehen von der Ansicht aus, daß seit mehreren Monaten eine Verzögerung in der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages eingetreten sei. Diese Verzögerung vermag die deutsche Regierung nicht zu teilen. In den letzten Monaten traten allerdings in die Augen springende Fortschritte in der Abklärung nicht mehr ein. Dies hat jedoch seinen Grund ausschließlich darin, daß seit mehreren Monaten

die Entwaffnung Deutschlands beendet

ist, und zwar nicht nur im Rahmen des Vertrages von Versailles, sondern auch darüber hinaus nach Maßgabe der durch das Londoner Ultimatum erweiterten militärischen Bestimmungen dieses Vertrages. Die deutsche Regierung ließ auch nicht, wie die Vorkonferenz annimmt, eine erhebliche Anzahl von Fragen in der Schwebe. Sie erhob vielmehr lediglich die Forderungen der internationalen Militärkontrollkommission, die sie für unbegründet hielt, bei den alliierten Regierungen Widerspruch und hat um sachliche Stellungnahme, die bisher nicht erfolgte. Daher liegt auch keine Obstruktion deutscher Unterorganen vor. Sollte von deutschen Dienststellen entgegen den deutschen Gelehen und Anweisungen der Regierung Obstruktion erfolgt sein, so bittet die deutsche Regierung um Mitteilung der Fälle und erklärt sich schon jetzt bereit, die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung solcher Widerstände zu treffen.

Hinsichtlich der rein militärischen Fragen steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß sie in Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles erheblich hinausgegangen ist über das, was nach dem Wortlaut dieses Vertrages von ihr gefordert werden konnte. Sie ist aber auch in diesen Fragen zu einem weitgehenden Entgegenkommen bereit, da sie selbst das Bestreben hat, die Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission zum Abschluß zu bringen. Sie ist aber davon überzeugt, daß die alliierten Regierungen nach Prüfung des gesamten Materials erkennen werden, daß die deutsche Regierung die Bestimmungen des Versailles-Vertrages in keiner Weise zu umgehen sucht, sondern alles in ihren Kräften stehende getan hat und tut, um sie loyal zu erfüllen.

Besüglich der Fragen, die noch in der Schwebe sind, weist die Regierung auf die drohenden innerpolitischen Schwierigkeiten der kommenden Monate hin, die Vorkehrungen für Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiet und für die Volkswirtschaft verlangen. Wenn wirtschaftliche Ausstattungsgegenstände der Industrie vernichtet würden, so wäre eine Steigerung der Produktion unmöglich, von der die Reparationsleistungen abhängig sind. Da die Regierung das größte Interesse daran hat, von der unproduktiven Tätigkeit der Fertigung zu der produktiven Arbeit des Wiederaufbaus der Wirtschaft überzugehen, werden die Punkte der 5 Hauptforderungen, die mit wirtschaftlichen Fragen zusammenhängen, in einer besonderen Anlage behandelt.

Zu dieser Note und zu der Note über Ingolstadt, Passau und Stettin droht uns unser Berliner Büro:

Die beiden deutschen Noten, die am Sonntag der Vorkonferenz überreicht worden sind, werden vielleicht nicht allenthalben in Deutschland auf die gleiche Zustimmung stoßen. Wer geneigt ist, sie nach Form und Inhalt zu beurteilen, wird gut tun, sich Zeit und Umstände zu vergegenwärtigen, unter denen das Verlangen der Entente an uns herangebracht wurde. Der ultimative Ton und die Fristsetzung waren doch wohl kaum zufällig, vielmehr wird das Bestreben vorgelegen haben, gerade in dem Augenblick, wo die „Herren der Welt“ wieder einmal zur Aussprache über das Schicksal Deutschlands sich zusammenfanden, Deutschland von neuem als hilflos und hilflos erweisen zu lassen. Dieser Eindruck mußte vermieden werden. Darum ist die Note (die Note in der Entwaffnungsfrage) ohnehin für sich selbst) der Regierung über die Zwischenfälle von Stettin, Passau und Ingolstadt unseren ehemaligen Kriegsgegnern loyal entgegengehalten. Sie hat sich von der Verfassung und dem völkerrechtlichen Standpunkt nicht abdrängen lassen und also die Forderung einer separaten Entschuldigungs- und bayerischen Ministerpräsidenten abgelehnt, ebenso, wie sie es abgelehnt hat, die Polizeigewalt von Passau und Ingolstadt in ein unzulässiges Abhängigkeitsverhältnis zu versetzen, aber sie wird die Ruhe schon ihre Höhe zu den zerfallenen Fensterrahmen in keinem Verhältnis steht, zahlen, von reichswegen zahlen, weil die Stabsstellen von Passau und Ingolstadt dazu nicht ausreichen. Auf den Schiedsgerichtsgedanken, mit dem man sich eine Weile herumtrug, hat die Regierung verzichtet, weil man gewichtige Gründe hatte, anzunehmen, daß er von der Gegenseite bröckelt und von der Hand gewiesen würde.

Ob die Alliierten mit dem von uns gefundenen Ausweg sich einverstanden erklären werden, steht natürlich dahin. Immerhin, es bleibt ein Ausweg, eine Möglichkeit, von der Pfalz und den Rheinländern neue Prüfungen und neue Sanktionen abzuwehren und zugleich zu verhindern, daß an dem außenpolitischen Streit sich innerer Haß von Partei zu Partei und zwischen Norden und Süden entzündet.

Die Aufnahme in Paris

Ueber die Aufnahme der deutschen Antwortnote auf die Sühnennote der Vorkonferenz wird aus Paris gemeldet: Obwohl die Pariser Presse überwiegend anerkennt, daß durch die deutsche Erklärung im wesentlichen die Forderungen der Vorkonferenz erfüllt sind, acht man doch geltend, daß Bayern von jeder Ruhe und Entschuldigungs befreit sei. „Petit Parisien“ meint, Poincaré werde sich mit seinen alliierten Ministerkollegen besprechen, ehe man sich schlüssig werde.

Die Lausanner Friedenskonferenz

Die Unterkommission für Finanzfragen befaßt sich in ihrer Sitzung vom Montag nachmittag mit der Wiedergutmachung und den Artgesehunden. Es wurde vorgeschlagen, daß sowohl die Griechen als die Türken die von ihnen angerichteten Schäden wieder gutmachen sollen, doch wurde kein Beschluß gefaßt.

Die Militär- und Marinekommissionen fehrte Montag nachmittag ihre Beratungen mit den türkischen Sachverständigen fort. Die Unterberatung der Konferenz vom 23. Dezember bis 5. Januar, ebenso die Kette Ismetis nach London bekräftigt sich. Es verläuft beharrlich, daß die Unterzeichnung der Protokolle und der Austausch der Ratifikationsurkunden in Paris stattfinden wird.

Die Alliierten haben beschlossen, den Russen als Antwort auf die Rede Tschicherins in der Meerengenkommission eine Note zu stellen, worin erklärt wird, daß die Verhandlungen zwischen den beiden interessierten Mächten stattfinden werden und daß den Russen darüber auf Wunsch Auskunft gegeben würde.

Der Zusammenbruch der Moskauer Schulpolitik

Auf dem 4. Allrussischen Kongress der Arbeiter auf dem Gebiete der Volkshochbildung, der Ende November in Moskau zusammengetreten ist, hielt der Volkskommissar für das Volkshochbildungswesen Lunatscharski eine überaus interessante und bedeutungsvolle Rede, die das Eingeständnis des völligen Zusammenbruchs der bolschewistischen Schulpolitik bedeutet. Lunatscharski begann seine Rede mit der Erklärung, daß die gesamte Volkshochbildung in Sowjetrußland eine überaus schwere Krise durchläufe. Die Sowjetregierung sei gegenwärtig nicht imstande, für Volkshochbildung größere Summen auszugeben, da sie vor allen Dingen die wackelnde Wunde des Landes schließen, d. h. um jeden Preis die Schwerwunden erhalten und heilen müsse, ohne die Sowjetrußland als selbständiger Staat nicht mehr bestehen könne. Lunatscharski gab dann über den Stand der Volkshochbildung in Sowjetrußland folgende Daten: In 18 Gouvernements, über die genauere Angaben vorliegen, war das Schuljahr am 1. April 1922 verfallen mit dem Oktober 1921 auf 60 Prozent gesunken. Die

Zahl der Institutionen der Hauptverwaltung für Berufsausbildung ist in einem Jahre auf 55 Prozent gesunken. Weiter gab Lunatscharski zu, daß die Zahl der Analphabeten ständig wächst, daß der berühmte „Reichstag zur Liquidierung des Analphabetentums“, von dem die Bolschewisten so unendlich viel Geschrei gemacht haben, vollkommen zusammengebrochen sei.

Der Volkskommissar Korotkiw, der im Namen des Zentralkomitees des Verbandes der im Volkshochbildungswesen Tätigen sprach, erwähnte u. a., daß die Zahl der arbeitslosen Lehrkräfte bereits 50 000 betrage. Auch dieser Redner sagte über den chronischen Mangel an Geld, durch den das gesamte Volkshochbildungswesen gefährdet sei.

Aus dem Reichstag

In der Montagssitzung wurde die Noelle zum Gerichts- und Kostengesetz dem Rechtsausschuß und der von der Deutschen Volkspartei beantragte Gesetzentwurf zur Änderung des Personalergänzungsgesetzes dem Beamtenausschuß überwiesen. Die Noelle zur Gehaltsanpassung für die Gerichtsvollzieher, die eine Erhöhung der Gebühren auf ungefähr das achtfache der jetzt geltenden Höhe vorsieht, wurde in dritter Lesung angenommen mit der Maßgabe, daß sie eine Woche nach der Verkündung in Kraft tritt. In dritter Beratung wurde der Gesetzentwurf über die Erhaltung der Kreuzgräber aus dem Weltkrieg und nach einem Bericht des Ausschusses für Bildungswesen zur

Not der Studienassessoren und Junglehrer

eine Entschließung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, die höchste Bezahlung der Schulklassen entgegenzuwirken, stellenlose Studienassessoren und Junglehrer im Reichsdienst zu verwenden, vor allem die preussischen Pflanzungslehrern im Schuldienst anderer deutscher Länder Aufnahme zu verschaffen, und sich wegen Anordnung der unerschüteten Stellenlosigkeit auf die Dienstzeit mit den Ländern in Verbindung zu setzen. Hieran setzte das Haus die zweite Beratung des 7. Nachtragsetzes beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums fort. Der Abg. Brühns (Dn.) lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung erneut auf

die große Notlage der Presse

Nachdem der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker zugefagt hatte, sich dieser Notlage nach Kräften anzunehmen und mitgeteilt hatte, daß beabsichtigt sei, die Holzabgabe auf das Dreifache zu steigern, wurde der Nachtragsetz zum Reichswirtschaftsministerium bewilligt. Beim Nachtragsetz für das Reichswirtschaftsministerium behauptete der Kommunist Thomas, daß nach Verscherqualitäten in der Reichswirtschaft zugewandert würden und warf der Reichswirtschaftsminister monarchistische Gesinnung vor. Demgegenüber betonte der Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler, daß die

Kommunistische Agitation bei der Reichswehr

seit Wochen und Monaten sehr reger sei, um sie für ihre Zwecke zu gewinnen. Er glaube, die Hoffnungen der Kommunisten auf die Reichswehr seien vergebens. Die Reichswehr sei genau informiert und wisse, daß sie von der kommunistischen Partei nichts zu erhoffen habe als leere Versprechungen. Die Regierung werde von sich aus alles tun, um der kommunistischen Agitation entgegenzuwirken. Nach einer Erwiderung des Abg. Thomas, der dem Minister gegenüber bei seinen Ausführungen blieb, wurde der Nachtragsetz für die Reichswehr bewilligt. Nächste Sitzung Dienstag.

Im Reichsrat

Stand der Antrag Preußens betreffend über Lieferung von Stiefkaffdörfern für abgesetztes Getreide auf der Tagesordnung. Die preussische Regierung habe, um die Produktion möglichst zu heben und uns bei der Versorgung von Brotgetreide vom Auslande unabhängig zu machen, einen Gesetzentwurf eingereicht, wonach das Umlagegetreide teils mit Geld, teils mit Stiefkaffdörfern bezahlt werden sollte. Die Ausschüsse des Reichsrates beantragten Ablehnung. In namentlicher Abstimmung wurden die Ausschussvor schläge mit 46 gegen 17 Stimmen angenommen. Der Antrag Preußens ist also abgelehnt.

Un freiwillige Komit

In einer kleinen Anfrage an die Reichsregierung hat der Reichstagsabgeordnete Dautz (D. Ant.) auf einen Uebelsand aufmerksam gemacht, der darin besteht, daß die höchste Wechselstempelmarke 600 K beträgt. Wenn es sich um ausländische Wechsel handelt, werden infolge der Geldentwertung so große Mengen von Stempelmarken erforderlich, daß die Wechsel selbst eine geradezu groteske Größe gewinnen. So betrug bei einem Dreimonatswechsel über 5000 Pfund Sterling die Länge eines solchen Wechsels bereits 150 m, ein Wechsel über 21 000 Pfund erreichte sogar die obenstehende Länge von 6,75 m; es befanden sich darauf 571 Stück der höchsten Stempelmarken zu 600 K. Um einen solchen Wechsel einem erlauteten Publikum im Bilde vorzuführen zu können, würde man ihn stücken und als Wandbild vorzeigen müssen. Aber abgesehen davon, macht auch das Aufkleben einer solchen Wechselmenge von Eisenmarken den Banken überflüssige Arbeit und Kosten, eine Abhilfe scheint also dringend geboten.

Aus dem besetzten Gebiet

Dr. Prange zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt!

Der Dezernent für Besatzungsangelegenheiten bei der Wiesbadener Regierung, Dr. Prange, der seinerzeit von der französischen Behörde verhaftet, später gegen Kaution freigelassen, dann aber vor einigen Tagen wieder verhaftet wurde, ist von dem französischen Gericht in Mainz am Montag zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren verurteilt worden.

* Wieder ein Verbot der Rheinlandskommission. Die Durchführung der Verfügung des Reichsfinanzministers über die Erlattung von Sanktionsstrafen in den besetzten Gebieten ist nunmehr von der internationalen Rheinlandskommission bis auf weiteres untersagt worden.

Bayern und die Pfalz

Abänderung des Weinversteuerungsstempels

Die pfälzischen Abgeordneten Kalliga, Burger, Gollwitzer und Matz (Deutsche Volkspartei der Pfalz) haben im Landtag beantragt, der Landtag wolle beschließen, das Stempel- und Kostenrecht vom 16. Februar 1921 dahin abzuändern, daß der zwisprozentige Weinversteuerungsstempel wieder aufgehoben wird.

Der bayerische Industriellenverband

trat am Samstag in München zur 20. Hauptversammlung zusammen. Handelsminister von Reineck sprach dem Verband seine Glückwünsche zur 20. Tagung aus, wies auf die wichtigsten ungelösten Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich hin, betonte die Notwendigkeit, dem Reich zu geben, was das Reich ist und versicherte, daß man im Reich und in Bayern Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der bayerischen Wirtschaft habe. Die Aussichten für eine Verständigung in dieser Richtung seien jetzt viel günstiger. Der Minister wies zum Schluß darauf hin, daß auch an die Industrie die Forderung zu noch größerer Opferwilligkeit heranzutreten werde. Das geschäftsführende Präsidiummitglied Auhö sprach dann über die wirtschaftliche Lage der bayerischen Industrie und wies die Gerüchte zurück, welche die bayerische Industrie und deren Verband der Begründung reaktionärer Forderungen beschuldigen. Zum Schluß der Tagung wurde folgende Protestentscheidung angenommen: Der bayerische Industriellenverband sieht mit Bedauern, daß die zunehmende Last der Reparationen zur wirtschaftlichen Erschöpfung Deutschlands führen muß und jede Gefährdung unseres Landes verhindert. Der Druck unserer Feinde, der sowohl durch die Verletzung deutschen Landes auf uns ausgeübt wird, ist auf die Dauer untragbar und muß unser Volk zur Verzweiflung treiben. Wir protestieren deshalb mit Nachdruck gegen die erpresserische Bedrückung Deutschlands und fordern einen gerechten Frieden, der auch unseren bedrängten Völkern die Lebensbedingungen ermöglicht.

Badische Politik

Vergeßlichkeit oder?

Der Justizminister im Wahlkampf

Es scheint zu den Imponderabilien der neuen Zeit zu gehören, daß die Minister der Gliedstaaten als die „großen Parteitanonen“ in die Arena des Wahlkampfes hinabsteigen müssen. Hat doch bei den badischen Landtagswahlen des vorigen Jahres selbst der damalige Reichsanwalt Dr. Wirth es nicht unter seiner Würde erachtet, als oberster Beamter des Reiches in Karlsruhe als Wahlredner aufzutreten, wobei er sich in der Schlußstunde des Deutschen Reiches — es handelte sich damals um die Posttrennung Oberschlesiens — befehligte, sich in nichts von den üblichen Landtagsrednern oder Parteiführern zu unterscheiden. Nun hatte auch der badische Justizminister Trunk am Vorabend der Gemeindevahlen in einer Freiburger Zentrumsversammlung die Rednertribüne bestiegen und trotzdem es sich um Gemeindevahlen handelte, in höchst politisch zu machen geglaubt. Hierbei sagte er u. a.: „Erzberger muß das Opfer bringen, und zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Compiegne gehen, weil sich die Generale dieser Pflicht entzogen.“

Der Justizminister muß sich nun allerdings gefallen lassen, daß man ihm bedeutliche Lücken seiner neuerdeutschen Geschichtsfestnisse nachweist, was um so peinlicher ist, als man annehmen sollte, daß ein Herr in der verantwortlichen und autoritativen Stellung eines Ministers, über geschichtliche Vorgänge nur nach eingehendem Studium aller Quellen sprechen würde. Der Freiburger Generalmajor a. D. v. Chrismar richtet jetzt an Justizminister Trunk einen offenen Brief, in dem er auf die Aufzeichnungen des Generals v. Gündel und das Erzberger'sche Buch „Ereignisse im Weltkrieg“ hinweist und u. a. ausführt:

General v. Gündel erfuhr am 8. Oktober 1918 bei seinem Eintreffen in Spa, daß er von der Obersten Heeresleitung für den Vorsitz der Waffenstillstandskommission in Aussicht genommen war und am 12. Oktober, daß der ehemalige Staatssekretär des Reiches, Admiral von Hunge, als Vertreter des Auswärtigen Amtes hinzutreten sollte. Der letztere hat von da ab an den regelmäßigen Sitzungen der Kommission zur Vorbereitung der Verhandlungen teilgenommen. Am 6. November wurde in Spa bekannt, daß an Stelle des Admirals v. Hunge der Staatssekretär Erzberger und Graf Oberndorff als Regierungsvollzieher Mitglieder der Kommission sein sollten. Am 7. November bestimmte die OHL, daß die Kommission am Mittag desselben Tages nach dem Waibe von Compiegne abreisen sollte. General v. Gündel begab sich, um die letzten Vorbereitungen zu treffen, in das Dienstgebäude der Obersten Heeresleitung. Dort ließ sich ihm der Leutnant von Berlin eingetroffene Staatssekretär Erzberger vorstellen und wurde von ihm als Mitglied der Kommission begrüßt. Wenige Minuten nachher wurde dem General v. Gündel ein Telegramm des Reichsanwalts bekanntgegeben, wonach der Staatssekretär Erzberger zum Vorsitzenden der Kommission ernannt war. Erzberger selbst ist in seinem Buch „Ereignisse im Weltkrieg“ über sein Eintreffen in Spa die folgende Darstellung: „Ich suchte den Vertreter des Auswärtigen Amtes auf, der mir von der Richtung des General v. Gündel abriet, da er keine geeignete Persönlichkeit für solche Verhandlungen sei; er setzte sich mit dem Reichsanwalt in Verbindung, um vorzuschlagen, daß ich (Erzberger) als Vorsitzender der Kommission bestellt werde. Die Regierung sagte zu.“ Und: „Ich (Erzberger) ordnete an, daß außer mir nur die Bevollmächtigten Graf Oberndorff, Generalmajor v. Winterfeldt und Kapitän Kanfer (die diese Reise angetreten hatten, da das Austreten einer großen Anzahl Offiziere in Frankreich im letzten Augenblick unzulässig sei.“

Wer weiß nun besser Bescheid, Erzberger oder Herr Trunk?

Aus dem Landtag

Unter den neuen Vorlagen, die dem Landtag zugewandt sind, befindet sich auch u. a. das Uebereinkommen mit der Reichsregierung zur Regelung der Eigentums- und Betriebsverhältnisse der in Baden gelegenen Linien der Straßburger Straßenbahngesellschaft. Ferner ist eingegangen der Entwurf eines Gesetzes über die Deckung des außerordentlichen Staatsbedarfs für die Förderung des Wohnungsbaues. Da der früher bewilligte Kredit für die Förderung von Bauarbeiten bis auf einen kleinen Rest aufgebraucht ist, so wurde ein Administrativkredit von 300 Mill. Mark vorbehaltlich der späteren Aufrechnung auf das Erträgnis aus der erhöhten Wohnungsabgabe bewilligt. Der jetzt vorliegende Entwurf in dieser Angelegenheit soll diesen Kredit in die endgültig gesetzliche Form fassen.

Eine weitere Vorlage betrifft die Landeselektrizitätsversorgung; das Grundkapital des Badenwerks soll von 100 auf 600 Millionen erhöht werden. Dem Landtag ist ferner eine Darstellung über den Viegenzschafbestand der Standes- und Grundherren in Baden zugewandt. Dieser Bericht ist sehr betrüblich, enthält doch ein Sechstel der gesamten badischen Kulturläche auf den Standes- und grundherrlichen Besitz.

Letzte Meldungen

„Elastische“ Besetzung deutschen Gebietes

Die belgischen Vertreter sollen, wie aus London gemeldet wird, den Vorschlag einer elastischen Besetzung deutschen Gebietes gemacht haben, derart, daß die Alliierten weitere deutsche Gebiete besetzen oder räumen, je nachdem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt.

Die polnischen Nationalisten gegen die Wahl Marutowicz's

Warschau, 12. Dez. Zehntausende marschieren durch Warschau Straßen unter Hissen, Toben und Schreien: „Nieder mit dem lebe General Haller!“ Es lebe das polnische Polen! So laute Demonstrationen begannen bereits am Samstag abend, als bekannt wurde, daß der bisherige Außenminister Marutowicz zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Es scheint fast so, als ob die mit ihrem Kandidaten unterlegenen Nationalisten in dem Kampf um die Macht diesmal sich keineswegs mit nur parlamentarischen Waffen begnügen. Schon am Abend vorher, als die Reichsminister vor General Haller's Wohnung vorbeizogen, rief ihnen der General die inhaltsvolleren Worte zu: „Legt nicht die Hände in den Schoß, kämpft noch weiter!“ Entsetzt nach ist eine weitere früh erschienene Erklärung der drei nationalpolitischen Parteien, daß sie keine Verantwortung für den weiteren Verlauf der Staatsmaschine übernehmen. Sie möchten jede Unterstützung einer Regierung verweigern, die von einem von Juden, Deutschen und Ukrainern gewählten Staatspräsidenten berufen worden sei, und stellen sich bereit, den einleitenden Kampf um den polnischen Charakter der polnischen Republik, der durch Marutowicz's Wahl gefährdet sei, zu beginnen.

Der Anschlag auf Harden

Berlin, 12. Dez. (Von unv. Berl. Büro.) Heute beginnt der schon angekündigte Prozeß gegen die Harden-Attentäter. Man hofft, daß die Verhandlungen nicht einmal die vorgezeichneten drei Tage in Anspruch nehmen werden. Die Angeklagten sind geständig. Zeugen sind nur wenig nötig. Die Suche nach den Hintermännern wird vermutlich in diesem Prozeß genau so vergeblich sein, wie dies früher der Fall war.

Berlin, 12. Dez. Aus verschiedenen Teilen des Reiches werden Klagen laut, daß durch das Gebahren gewisser Händler, die in eigener Person Butter oder Käse beim Erzeuger, bei Molkereien und anderen Milchverarbeitungsbetrieben zum Wiederverkauf aufkaufen, die Butter- und Käsepreise in die Höhe getrieben werden und die Frischmilchverarbeitung der Städte beeinträchtigt wird. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat eine Verordnung erlassen, wonach die Landesregierungen bestimmen können, daß diese Verkäufer einer besonderen Erlaubnis bedürfen.

Kattowitz, 12. Dez. In Kattowitz in Silesien-Oberschlesien wurde eine Gesellschaft der Deutschen Theatervereinigungen von einem polnischen Strohtrupp gekündigt, das Publikum vertrieben und die Schauspieler tätlich bedrückt. Die polnische Polizei schließt nur zögernd ein und verhaftete keinen der Kattowitzer.

Deutsche Notgemeinschaft

Von Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

Am 30. Oktober ist unter Beteiligung der Reichs- und Staatsbehörden, der Spitzenorganisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und der großen Wohlfahrtsorganisationen die Deutsche Notgemeinschaft begründet worden.

Was sie will, geht klar und eindringlich aus ihrem Aufruf hervor: Sie will die Einheitsfront des ganzen deutschen Volkes schaffen, um in möglichst weitem Umfange die durch den Krieg verursachten Schäden zu beheben, unter der immer breiteren Schirmherrschaft des deutschen Volkes ohne Verschulden infolge der katastrophalen Entwicklung unserer Währungsleiden.

Demjenigen, der persönlich oder beruflich mit sozialen Fragen zu tun hat, kann Neues über die Notwendigkeit der Hilfe ja nicht mehr gesagt werden. Ihm ist bekannt, daß heute tausende und aber-tausende von deutschen Volksgenossen — und nicht nur die schlechtesten unter ihnen — ein Dasein führen, das als menschen-würdig kaum noch anzupreisen ist. Noch aber stehen weite Kreise der Menschheit in ihrer engen Umgebung sich abspielenden Not in Unkenntnis und Gleichgültigkeit gegenüber.

Reich, Staat und Gemeinden haben trotz ihrer eigenen Räte Millionenbeträge aufgebracht und werden dies auch weiterhin tun, um vor allem den Alten, den Invaliden und Witwen zu helfen. Aber gegen derartige Mangelstände, wie sie uns der kommende Winter bringen wird, muß öffentliche Hilfe unzulänglich bleiben, wenn ihr nicht der geschlossene Wille des deutschen Volkes, mitzuwirken an diesem Werk, zur Seite steht.

Wenn jetzt in der Deutschen Notgemeinschaft alle schaffenden Kräfte Deutschlands sich zusammengeschlossen haben, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Behörden und freie Wohlfahrtsorgane zusammenwirken, so mag diese aus der Not der Zeit zusammengeschlossene Gemeinschaft der Ausdruck dafür sein, daß trotz so vieler un-freundlicher Erhebungen im sozialen und politischen Leben Deutschlands doch dieses erhalten geblieben ist: das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber den Notleidenden und Elenden.

Was deshalb die Deutsche Notgemeinschaft ihren Zweck erfüllen, große Mittel zusammenzubringen, damit wenigstens den bedürftigsten der deutschen Volksgenossen ihr schweres Los gelindert wird.

Städtische Nachrichten

Für die bedrohte Aida

Schließt mein Weg kundbogs, Sunst loht m'r's bleime, Kennst denn viel Aida's Drohgschensicht vertreiw.

Kaacht mein Weg kundbogs, Sunst loht m'r's bleime, Kennst denn viel Aida's Drohgschensicht vertreiw.

Danz m'r an Binschöde, Jeht loht m'r's bleime, Kennst denn viel Aida's Drohgschensicht vertreiw.

's Gschensicht lauzt lang schunn Borr daukt Dhiere, Will in die Schtumwe 's Elend einflühe.

Drinn feiße d' Raht durch Ehliche Aida, Hamwe ihr Lebtag Wagger sich ab-ide.

Hamwe noch allzeit Gschdant un gerunge Forr d' einshäda Ruhzeit, Forr ihre Junge.

Doch jeht bring's Drohgschensicht Hunger un Elend, Wann ihr nit mild seid, Die ihr die Not kennt.

D' Weihnachtszeit will doch, Daß sie erwarme, Reigt doch de Aida herzlich Erbarme.

Hört unfern Heland: Die am Verschmache, Nicht ihr als Brider In Schwefelste be-rochdel

August Göller

Theater und Musik

Anna Karafel, unsere Hochdramatische, wurde vertraglich an die Leipziger Oper verpflichtet. Die Nachricht entspricht leider der Wahrheit und wird bei allen Opernfreunden das lebhafteste Bedauern hervorrufen, da mit in Anna Karafel eine vorzüglichste Bühnenschauspielerin kenne gelernt haben. Die Sängerin und Spielergewandte Darstellerin kennengelernt haben. Die Nachricht von ihrem Fortgang kommt aber auch so unerwartet, daß sie nicht nur unliebsam überraschend, sondern auch äußerst bedauernd wirkt. Wir behalten uns vor, auf den Fall noch zurückzukommen.

Ciederabend Harriet von Emden. Die Sängerin, die uns gestern erstmals im Mannheimer Konzertsaal begegnete, behandelt ihren nicht eben großen, aber reizvoll umbrirten, hellgelben Sopran mit hohem Können, und wenn sie gar ihre Kopfstimme ansetzt, so klingt sie Silberglücklich. Daß sie viel gelernt hat und nicht nur unliebsam überraschend, sondern auch äußerst bedauernd wirkt. Wir behalten uns vor, auf den Fall noch zurückzukommen.

Irène Eden hat im 8. Gemüths-Konzert (Dirigent Wilhelm Hartmann) mitgewirkt. Die Leipziger Revue Nachrichten schreiben aus diesem Anlaß: Irène Eden-Mannheim glänzte in

Die Frage des Fortbestandes der Rhein-Haardtbahn

Die an dem Weiterbestand der Rhein-Haardtbahn interessierten pfälzlichen Gemeinden haben in einer Entschließung an die Reichsregierung die dringende Bitte gerichtet, durch Zuerstreckung von Mitteln den Weiterbetrieb dieser Bahn zu ermöglichen. Ohne Reichszuschüsse wäre die Bahn zur Stilllegung verurteilt und ein starkes lebendiges Band zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet wäre zerrissen, heißt es in der Entschließung. Siedensblühende pfälzliche Ortschaften, Friedelsheim, Gönheim, Adersheim, Ellerstadt, Frühgönheim, Rodorf und Ruchheim wären jeder Verkehrsverbindung beraubt. Etwa 3000 Arbeiter und Angestellte, die in den Nachbarstädten ihren Erwerb suchen, wären von ihrer Arbeitsstätte abgeschnitten, ebenso eine größere Anzahl Schüler von ihrer Bildungsstätte. Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß mit Unterstützung der Reichsregierung das kulturelle und wirtschaftlich notwendige Verkehrsmittel der Pfalz erhalten bleibt.

Die badische Landesindexziffer

Die vom Statistischen Landesamt aus den Preisveränderungen (ohne die Zahlen für Bekleidung) von durchschnittlich 45 badischen Gemeinden berechnet wird, ist im November auf 413,39 (Friedensstand = 100), d. h. auf das 41,34fache gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Monat Oktober des J. beträgt somit 105,4 v. H. (Die vom Statistischen Reichsamt berechnete Indexziffer betrug im November (ohne Bekleidung) 40,047, sie ist also niedriger als die badische Landesindexziffer.)

Ein Ueberblick über die Teuerung in Baden, den das Statistische Landesamt ausgearbeitet hat, zeigt, daß im vergangenen Monat ein Stillstand der Preise in keinem Artikel zu beobachten ist. Im Gegenteil, die Preise sämtlicher Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter haben sich in unaußersamer Weise in die Höhe bewegt.

Aus den Kleinhandelspreisen ergibt sich, daß die Brotpreis-erhöhung eine recht ungleichmäßige ist. Den billigsten Brotpreis hat Reustadt i. Schw. den teuersten Baden-Baden. Auch die Preise der Kartoffeln sind sehr unterschiedlich. Während man z. B. in Wiesloch im November 7 M. für ein Pfund Kartoffeln zahlte, betrug der Preis in Karlsruhe 12 M. und in Donaueschingen 12,50 M. Anders dagegen verhielt es sich beim Rindfleisch, wo Donaueschingen den niedrigsten Rindfleischpreis und Karlsruhe den höchsten hatte. Für Butter zahlte man in Mannheim 15,50 M., in Hockenheim dagegen 18,00 M. Am teuersten war dann das Rindfleisch in Mannheim und am billigsten in Donaueschingen. Bei den Eierpreisen sind im November der Markt mit 95 M. für ein Ei an der Spitze. Willingen gehört zu den Städten, in denen die Eier noch verhältnismäßig billig waren, denn man zahlte dort 40 M. für ein Stück.

Bevölkerungszunahme in Baden. Anlässlich der letzten Volkszählung (8. Oktober 1919), deren Ergebnisse in den folgenden erschienenen Statistischen Mitteilungen (herausgegeben vom Stat. Statist. Landesamt) jetzt eine klare Darstellung finden, wurde in 1890 Gemeinden des Landes eine Gesamtbevölkerung von 2.195.580 Personen festgestellt. Rund 100 Jahre vorher, im Jahre 1818, hat die Bevölkerungszahl in diesen Gemeinden 1.014.964 Personen betragen. Im Zeitraum der Jahre 1818 bis 1919 hat sich also die Bevölkerung in Baden um 116 Prozent vermehrt.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Im 13. Reichstagsauschuss für Sozialpolitik wurde zunächst über die Erhöhung der Sätze für die Wochenhilfe und für Wochenfürsorge Beschlüsse gefasst. Nach den Beschlüssen beträgt fortan der Aufwand bei Erhaltung des Wertes der freien Arbeitsbehandlung 4000 Mark, der Aufwand bei Erhaltung und Schwanerhaltungsarbeiten 2000 Mark, das Wochenlohn 50 Mark, das Stillgeld 120 Mark. Der Gesamtaufwand des Reiches erhöhte sich damit von bisher 2,710 Milliarden Mark auf 6,272 Milliarden Mark.

Was alles gestohlen wird. Entwendet wurde: In der Nacht zum 5. Dezember aus einer Bauhütte am Großkraftwerk ein 6,90 Meter langer und 8 Zentimeter breiter, fast neuer Treibriemen, zwei neue Handbohrer, eine neue Bohranlage und ein neuer Fuchsschwanz; am 7. Dezember, abends 7,15 Uhr, in Rheinau, Kreisstraße 192, aus einem verschlossenen Gänselstall eine weiße Gans; am 7. Dezember im Kaffee Zentral ein Mantel, ferner ein grauer Mantel und ein paar braune Lederschuhe; am 7. Dezember vor dem Hause Friedrichsplatz 12 von einem Handwagen ein Kistchen mit 20 Pfund Pfirsichmarmelade, Marke Dulco; am 7. Dezbr. abends zwischen 8 und 9 Uhr, im Hofe des Hauses Mittelstr. 85 12 leinene Handtücher, 3 weisseleene Herrenhemden und ein paar wollene Herrenunterhosen; in der Zeit vom 3. zum 4. Dez. aus einem verschlossenen Keller im Hause A 3, 9 30 Flaschen Rot- und Weisswein im Werte von 30.000 M.

Wäde- und Silberdiebstahl. In der Zeit von Mitte September 1922 bis 2. Dezember wurden entwendet: Aus dem Hause J 3a, 7 auf erschwerter Welle nachfolgende Gegenstände: 30 Stück neue weiße Damasthandtücher, 6 Stück neue weiße Handtücher, 24 Stück neue weiße Servietten, 12 Stück neue weiße Leintücher, eine rote gebrauchte Samtblende, eine rote Samtblende, eine Sofablende aus Wolstoff, eine grüne Vorhanggarnitur, ein rater Vorhang mit gelben Borden, ein paar weiße gebrauchte Vorhänge, 12 Stück neue silberne Geschäfte, 12 Stück neue silberne Eßgabeln und 12 Stück neue silberne Kaffeelöffel.

Haftbarkeit der Streikleitung. Die Nr. 53 der Mitteilungen des Deutschen Industrieverbandes, die Dresden, bringt in dieser außerordentlich wichtigen Frage eine Abhandlung unter Zu-

gründlegung eines Kammergerichts-Urteiles. Danach halten die Streikleitung und ihre Mitglieder für alle Schäden, die aus geschwindigen Handlungen der Streikleitung selbst, der von ihr Beauftragten, z. B. der Streikposten, und der Streikenden erwachsen, wenn von ihnen nicht nachgewiesen werden kann, daß sie das Notwendige zur Verhütung der geschwindigen Handlungen getan haben. Die Schadenersatzpflicht ist auch dann gegeben, wenn unter Kontraktbruch in den Streik eingetreten und nachweisbar dadurch Schaden verursacht wird.

Ein miffälliger Ueberfall. Einen unerwarteten Ausgang nahm ein gut ausgedachter räuberischer Ueberfall auf einen Abfahrschiff, bei dem der Täter, wie eine nasse Maus von einem Stein, der Schiffer Wilhelm Boh aus Mühlheim-Ruhr befand sich am Sonntag abend an Bord seines Schiffes „Heinrich“, das im Rheinauhafen 2 vor Unter lag. Gegen 8 Uhr wurde er von einer bisher unbekanntem Person mit der Mitteilung an Bord gerufen, daß Briefe aus der Heimat für ihn da seien und er diese gleich in Empfang nehmen solle. In der Annahme, daß die Briefe ihm von seinem Rheinauer Wirt geschickt worden wären, ging Boh in seinen Rauchen und ruderte an Bord. Kaum dort angekommen, sprang die fremde Person, die eine Maske vor dem Gesicht trug, zu dem Schiffer in den Rauchen und bedrohte ihn mit vorgehaltenem Revolver. Boh wachte zuerst die Hände fesseln. Da er aber keine Wertgegenstände bei sich trug, machte er vom Ruder den Vorstoß, zu ihm an Bord zu kommen. Dieser war dann einverstanden worauf Boh die 4-5 Meter zu seinem Schiffe zurückruderte und zuerst an Bord ging. Als der fremde Kerl zurückrudern wollte, erhielt er von dem Schiffer einen solch wuchtigen Stoß, daß er kopfüber in den Rheinauhafen purzelte und sich nur durch Schwimmen retten konnte. Infolge der Dunkelheit in Rheinauhafen konnte der Täter entkommen. Die Rheinauer Polizei wurde von dem Ueberfall sofort verständigt. Dieses Vorkommnis gibt erneut Veranlassung, daß die Bekämpfung im Rheinauhafen, die von jeher eine der schlechtesten Hafenbeleuchtungen am Rhein ist, endlich einmal besser wird. Bei der zunehmenden Unsicherheit auf dem Rhein sollte den Schiffsbefehlern auch das Waffentragen genehmigt sein. Es sind Forderungen die schon wiederholt erhoben wurden.

Einweilung Kriegsbeschädigter in Kronenanstalten. Die Pressestelle des Reichsministers für Kriegsbeschädigte teilt uns mit: Kriegsbeschädigte die sich auf Anordnung einer Versorgungsbehörde einer Begutachtung oder Beobachtung in einer Kronenanstalt zu unterziehen haben, werden dort allgemein in die für die Kronenanstalten-Rückführer ortsübliche Verpflegungslöse einbezogen, falls nicht der Gesundheitszustand des zu Untersuchenden eine Ausnahme rechtfertigt. Trifft das letztere nicht zu, so sollen die Betroffenen der Aufnahme in eine höhere Klasse des Kriegsbeschädigten zur Post. Bei der Spruchbehörde der Reichsverwaltung und Reichsversorgung wird ebenso verfahren.

Kein neues Weinkontingent. Auf die Eingabe der Süddeutschen Vereinigung des Wein- und Traubenanbaus in Mannheim, in der ein neues Kontingent gefordert wurde, ist vom Reichsversorgungsminister eine Antwort eingegangen, wonach unter Berücksichtigung der gegenwärtig besonders ungünstigen Devisenlage und der in letzter Zeit erheblich verschlechterten allgemeinen Wirtschaftslage erhebliche Bedenken bestehen, zur Zeit ein neues allgemeines Einfuhrkontingent für ausländische Weine freizugeben. Die starke Fossilität der Handelsbilanz macht es unbedingt erforderlich, daß alle unentbehrlichen Genussmittel, soweit nicht bringende handelspolitische Rücksichten zu einer Ausnahme zwingen, gegenwärtig von der Einfuhr ausgeschlossen werden. Das Ministerium sieht sich daher augenblicklich außerstande der Frage der Freigabe eines Einfuhrkontingentes näherzutreten.

Mannheimer Schlachthofmarkt. Zum gestrigen Schlachthofmarkt waren aufgetrieben: 254 Kühe, 217 Bullen, 856 Kühe und Kinder, 273 Kälber, 71 Schafe und 779 Schweine. Besahlt wurden für 50 Kilo Lebendgewicht bei Dösen 20-34.000 M., Bullen 35-41.000 M., Kühe und Kinder 15-35.000 M., Kälber 35-41.000 M., Schafe 17-22.000 M., Schweine 54-62.000 M., Sauen 54-58.000 M., Tendenz: Ruhig, Kälbern und Schafen lebhaft, geräumt, mit Schweinen mittelmäßig, Ueberstand.

Veranstaltungen

Viertes Akademiekonzert. Heute Dienstag, 12. Dezember, findet das vierte Akademiekonzert statt. Jubiläums-Vorleser sagte im letzten Augenblick ab. Es gelang dafür die große Symphonie von Dvorak „Aus der neuen Welt“ zur Aufführung. Weiter nennt die Vortragsfolge Smetana „Aus Böhmens Hain und Fluß“ und Rossini „Tomas und die Waldfee“.

Agathe Digna, Liedersängerin. Eine Münchener Sängerin, Agathe Digna (Weykopran), deren gute Erfolge von der Presse allgemein hervorgehoben werden, veranfaßt am Mittwoch, den 13. Dezember einen Wiederabend. Mit Heinz Rauer am Flügel bringt sie Lieder von Schubert und Mendelssohn, Ariens von Verdi und Rossini zum Vortrag.

Vereinsnachrichten

Verein Deutscher Heizungs-Ingenieure, Bezirksverein Mannheim. Am 21. November fand in Mannheim eine Verammlung statt, in der die Gründung einer badisch-pfälzischen Bezirksgruppe des D.V.H.I. beschlossen wurde. In den vorläufigen Ausschuss wurden gewählt: Dipl.-Ing. G. Sinsberg, Heidelberg; Ing. Fr. Hest, Heidelberg; Ing. S. Salketer, Mannheim. Ingenieure des Heizungs-fachdes, die bis zur Dezember-Verammlung den Gründungsbeitrag bezahlen, werden als gründende Mitglieder des Vereines betrachtet.

In Zeiten der schweren Entbehrungen ringt sich aus der geistigen Elite einer Nation der große Gedanke, die überwältigende Tat empör. So war es in allen Zeiten, und so wird es immer sein. Das heutige Deutschland besitzt Männer, denen wir kaum gleichwertige gegenüberstellen können: Brand, Einlein, Hauptmann, Wernitz. Wie allgemein wird in Deutschland die Beschäftigung mit Goethe. Die deutsche Literatur dieser Tage weist viel bessere Qualitäten auf, als die eines andern „freigelegten“ Landes. Gewiß, die Not mag stark auf deutsche Wissenschaft drücken, doch an die verzweifelte Lage, wie sie Harand schildert, kann ich nicht recht glauben. Verzweifelt ist Deutschlands Wirtschaft. Da muß zuerst geholfen werden. Auf die Kraft der deutschen Wissenschaft vertraue ich mehr denn jemals.

Nach dem Osten

Reisebriefe von Colin Koh

XXXII. In einer roten Grenzseite

Russka (russ.-afghan. Grenze).

Es ist wohl eine der verlorensten Garnisonen des Sowjetreiches, dieses Russka, zwei Tagesritte von der allen afghanischen Stellung herab entfernt und ein Monat Bahnfahrt von Kaschan. In den achtziger Jahren nahmen die Russen die Stadt den Afghanen fort, und zur Erinnerung an die bei dem Sturm gefallenen Soldaten errichteten sie auf einem Hügel ein mächtiges Steinkreuz. Da die Bolschewiken es wohl nicht entfernen mochten, andererseits ein Kreuz sich als Wahrzeichen einer Sowjetfestung nicht vertragen, so strichen sie es kurzerhand blutlos an und machten es so zu einem bolschewistischen Symbol. Gerade in Russka ging man mit Kreuz, Kirche usw. nicht sehr pietätvoll um, denn als man ein Theatergebäude für die Garnison gebrauchte, riß man kurzerhand von der Kirche die Kreuze herunter und machte sie zum Theater.

Es gibt sicher auch in Europa die Garnisonen, allein ich glaube, noch die unangenehmste ist ein Dorado gegen Russka. Es liegt eingekesselt zwischen Sandhügeln, in denen es tagsüber wie in einem Topfe schmort. Auf der Fahrt durch die Kara Kum hatte ich geglaubt, daß diese Hitze nicht steigerungsfähig sei, bis mich die Kelle nach Russka eines besseren belehrte. Von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends dauert die Hitze, und wirklich Abkühlung tritt erst nach Mitternacht ein. In der Stadt gibt es eigentlich nur Soldaten und Offiziere, keinen Markt, sondern nur ein paar kümmerliche Läden mit Brot, Fleisch und Eiern. Das ist alles. Es sind wohl zum großen Teil russische Bawendörfer bei Russka, allein die Kolonisten vermissen der Garnison nichts, wenigstens nicht gegen Geld, sondern höchstens im Tauschverkehr gegen Salz, Streichhölzer, Dichter und dergleichen.

Kunst und Wissenschaft

Die Krise der deutschen Wissenschaft. Den in „Nation“ veröffentlichten Aufruf des Professors Harnack, der deutschen Wissenschaft und namentlich der deutschen Chemie rettend unter die Arme zu greifen, beantwortet Burggraf Haldane in der heutigen „Nation“ durch folgende Ausführungen: „Haldanes Aufruf bringt mir das viel zu wenig gelobte Werk Kennans: „Die Zukunft der Wissenschaft“ in Erinnerung; Kennan erörtert den Nachweis, daß Wissenschaft und Kunst unter dem Druck der Lebensnot und Wiederholung nationaler Kräfte den größten Aufschwung erleben. Wie groß wurde Deutschlands geistiges Wirken unter Napoleon Herrschaft.“

Dr. Karl Lehmann

Kommunale Chronik

Baden, 12. Dez. Aus der jüngsten Gemeinberatsung ist folgendes mitzuteilen: Die Engländer der hiesigen Arbeiter wurden auf Antrag erhöht. Dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen — Ortsgruppe Baden — werden die Kosten für Versorgung ihrer Mitglieder mit Kohlen vorzüglich zur Zahlung auf die Gemeindefasse übernommen gegen ratenweisen Rücklag. Die Gebühr für Kohlen des Leidenwagens wurde mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. ab auf 600 M. erhöht; die Gebühr für Abholen einer Leide in Heidelberg oder Mannheim beträgt 2000 M. Die Wagengebühr für Vermieten auf der Degalmalage wurde auf 20 M. pro Jir. mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 ab erhöht. Die Zahlung eines Holzschindelpreises von 700 M. pro Stunde wurde genehmigt. Ein Besuch um Ermäßigung des von der Kommission festgesetzten Nachzinses für Gemeinde- und Stiftungsgrundstücke wurde abgelehnt. Die Vergütung von Friedrich Schopp II. für städtische Aufstellungen wurde für Kohlen einer Zweispanner-Fuhrer auf 500 M. pro Stunde erhöht. Der Nachübergang eines Spitalgrundstücks von Karl Reng auf Hermann Reng wurde genehmigt. Das Dach des alten Volksschulgebäudes soll einem Antrag des Stadtbauamts entsprechend repariert werden.

Karl, 8. Dez. Der Bürgerausschuss bewilligte den Verkauf eines 10 000 Qm. großen Geländes an der Kirchbaumelde, wo die Automobilfabrik Mathis aus Ströberg ein Fabrikgebäude, eine Maschinenhalle, eine Direktorenwohnung und 20 Arbeiterwohnungen bauen will. Ferner bewilligte der Bürgerausschuss die Aufnahme eines Darlehens von 5 Mill. Mark bei einer Stroßburger Bank zur Fortführung des inneren Wohnungsbaus.

B. Konstantz, 8. Dez. Der Stadtrat behält mit Ende dieses Jahres die Kindergrärten auf, weil die Stadt nicht mehr in der Lage ist, auch nur die bisher gewährten Zuschüsse zu leisten — hier sollen künftig nur solche Ausländer noch Wohnungen beziehen dürfen, die sie durch eigenen Neubau oder Stadterwerb ohne Beihilfe der einheimischen Bevölkerung geschaffen haben. — Das Zentrum hat im Stadtrat beantragt, daß dem pensionierten Bürgermeister Hauldt das städtische Ruhegehalt entzogen wird, weil er seit drei Jahren seinen Beruf als Rechtsanwalt wieder ausübt; der Antrag führt sich auf § 31.4 des badischen Beamtengesetzes. (Einstellung des Ruhegehaltsbezuges nach zweijähriger Ausübung einer Tätigkeit.)

Bei der Berliner Sparaktion, die bereits gute Erfolge gezeitigt hat, ist man auf ein merkwürdiges Kriegsenden gekommen. Etwa 16 000 Käufer von Kleidungsstücken aus der früheren Bekleidungsstelle der Erwerbslosenfürsorge (Schulden insgesamt noch rund 1,9 Millionen Mark). Die rätelweise Einziehung dieser Schuldbeiträge liegt einer besonderen, der Kammereinzugsabteilung angegliederten Stelle ob, die mit 12 Beamten (1 Stadtschreiber, 1 Stadtschreiber, 2 Stadtschreiber und 8 Hilfspersonen) besetzt ist. Man muß sich wundern, daß diese 12 Beamten nicht schon längst vor Hungerlinie gestochen sind. Unbekannt haben sie sich bisher ihres irdischen Daseins erfreuen dürfen. Aber nun hat sie doch das scharfe Auge des Kammerers entdeckt. Und so liegt nunmehr die Stadtkasse eine Vorlage zur Beschlußfassung vor, in der der Magistrat ergebnislos erlucht: Die Veranlassung genehmigt die Niederlegung der von etwa 16 000 Einzelkäufern ausfindenden Restkaufgelder von rund 1,9 Millionen Mark für Arbeitszwecke aus der früheren Bekleidungsstelle der Erwerbslosenfürsorge. Leider lag die Meldung des Berliner Blattes, der mir diese ungläubige Geschichte entzogen, nicht, wieviel durch die Befreiung der mit 12 Beamten besetzten Stelle gespart wird und wieviel dadurch verschleudert wurde, daß man erst jetzt diese „Sommerfrische“ im Berliner Rathaus entbeht hat.

Aus dem Lande

Wahlstadt, 11. Dez. Hier wurde der Tabak, etwa 200 Zentner, für 27 000 M. pr. Zentner verkauft. Käufer ist eine Brauereifirma.

Karlsruhe, 11. Dez. Im Alter von 84 Jahren ist hier einer der ältesten badischen Offiziere, General der Infanterie a. D. Freiherr Ludwig Böcklin von Böcklinsau gestorben. Zu Freiburg geboren war der Entschlossene 1857 in das badische Heer eingetreten. Er hatte die Feldzüge 1866 und 1870 mitgemacht und war im Jahre 1899 zur Disposition gestellt worden.

Karlsruhe, 11. Dez. Geh. Oberbaumeister a. D. Hermann Stoll, früher Mitglied der Oberdirektion des Badischen und Straßenbaus, der 63 Jahre im badischen Staatsdienst stand, kann am Dienstag, den 12. Dezember in bewundernswürdiger körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag feiern.

Carlsruhe, 8. Dez. Bei einer privaten Versteigerung von Rundholz konnte der früher bezahlte Preis nicht mehr erreicht werden, weil der Preis zu hoch in Deutschland für Holz über den Westmarktpreis steht. Die Tischehölzer, Kiefer und die Schweiz liefern zurzeit billigeres Holz. Ein Rückschlag ist daher unvermeidlich und auch notwendig.

Freiburg, 9. Dez. Von einem fatalen und kostspieligen Mißgeschick wurde ein jungeres Fräulein betroffen, das an einem der abendlichen Kurse in der hiesigen Handelsschule teilnimmt. Das Mißgeschick wollte es, daß die von dem Mädchen bediente Schreibmaschine zu Boden fiel und schwer beschädigt wurde. Die hierwegen nötige Reparatur der Maschine erfordert einen Betrag von 40 000 Mark, für welchen das Mädchen haftbar gemacht wird.

Zur Fahrt nach Kuska benötigt man einen besonderen Erlaubnischein, obgleich die Festung keine militärischen Geheimnisse bietet. Sie besteht aus einer um die Stadt geführten Mauer mit Schießscharten und Drahtgittern davor. Auf den umliegenden Hügel sind dann noch einige veraltete Forts.

So wäre die Ausbeute der Reise dorthin reichlich gering, hätte mich nicht mein Aufenthalt in Kuska mit roten Offizieren und Soldaten in Berührung gebracht, denen ich interessante Eindrücke von der Blöße der roten Armee verdanke. Auf dem Bahnhof in Wera wurde ich mit einem Offizier aus Kuska bekannt. Diese Bekanntschaft erwies sich in der Folge als sehr angenehm für mich. Der Aug. der um 6 Uhr hätte abfahren sollen, ging wieder einmal nicht. Um 9 Uhr gemeldet, zog mein neuer Bekannter auf Refekondierung aus und entdeckte einen Wagen des Stabes von Leofa Bajer, in dem er auch mich mitnahm.

Unter diesem Stabswagen darf man sich nun allerdings nichts Besonderes vorstellen. Es war ein Güterwagen wie die anderen auch, ein Krassn-Wagen, ein roter Wagen, wie man in Rußland sagt, nur daß ihn die Inhaber für sich allein beanspruchen konnten. Beim Schein der elektrischen Taschenlampe zeigten sich zunächst einige Frauen, die die eine Seite des Wagens einnahmen. Aber auch die männlichen Passagiere sahen bläulich in Hemd und Hosen nicht gerade wie Stabsoffiziere aus. Allein, einmal sind wir im kommunistischen Rußland, wo es erst in den großen Städten wieder eine Reihenordnung gibt, und dann läßt einen die Hitze rüchlos ein Kleidungsstück nach dem anderen ablegen. Auch die Frauen begnügen sich meist mit einem Kittelchen, oft ohne Hemd darunter und bloße Füße und Beine sind einfach eine Selbstverständlichkeit.

Die Uniformierung der turkestanischen Truppen ist natürlich mit der der Altgermanen, besonders in Krasnodar, nicht vergleichbar. Sichtlich nicht einmal der großen Hitze angepaßt. Da es an genügenden Mengen leichter Uniformstoffe fehle, muß ein Teil von ihnen in schweren Tuchuniformen herumlaufen, d. h. soweit man von einer Uniformierung überhaupt reden kann. Wenigstens außer Dienst scheint jeder zu tragen, was er will, oder vielmehr, was er hat. Dabei feiert die Vorliebe für möglichst bunte Aufmachung, die mir schon in der Ukraine auffiel, ganz besondere Orgien. So befand sich bei uns im Wagen ein Offizier in knallgelber Reithose und blauefärbener Hose. Ein anderer trug die gleiche Uniform in rot und grün.

Das Verhältnis zwischen Mann und Offizier zeigt, wenigstens hier an der Grenze und unweit der butarischen Front, eine Form kameradschaftlicher Disziplin, die ebensowohl von Unterwürfigkeit wie von Unabwiesbarkeit erfüllt ist. Woher Dienstkleidung beide einander völlig gleichgültig. Die Offiziere, die ich hier wie anderwärts traf, gehörten größtenteils dem ehemals kaiserlichen Offizier-

Nachbargebiete

Mainz, 5. Dez. Wegen des neuergewählten Stadtkommissars Karl Stichelberger von der kommunistischen Partei, der seit Samstag mit der Frau seines mit ihm vor Jahresfrist wegen eines gemeinschaftlich verübten Einbruchdiebstahls verurteilten Genossen Klingelhöfer flüchtig ist, wurde bei der Polizei Anzeige erstattet wegen Unterschlagung von 200 000 Mark. Während Klingelhöfer seine Strafe in Bughach verbüßte, war Stichelberger, der verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist, mit der 23jährigen Frau des Erstgenannten ein Liebesverhältnis eingegangen. Als Klingelhöfer am Sonntag nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in Bughach hier in seiner Wohnung ankam, fand er einen Tischdeckel seiner Frau und seine beiden kleinen Kinder vor, die die pflichtvergeßene Mutter verlassen hatte.

Fp. Guntersblum, 10. Dez. Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich bei der hier stattgefundenen Treibjagd. Durch eine verirrte Kugel des Bürgermeisters Schädel wurde ein 14jähriger junger Mensch getroffen, daß er bald darauf starb. — Einen Streit mit tödlichem Ausgang hatte ein Dienstmädchen, das als Schweizer beschäftigt ist, mit dem 17jährigen S. von hier. Beim Streite schlug der Schweizer den S. mit der Faust auf den Kopf. S. wurde anscheinend betäubt, stürzte vom Wogen, wurde überfahren und erlitt daran schwere Verletzungen, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte und dort an den schweren Verletzungen nach kurzer Zeit starb.

Gerichtszeitung

Mannheimer Strafkammer

Wegen Vergehens gegen das Gesetz betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung hatte das Schöffengericht den Ingenieur Bernhard Jasper aus Heidelberg zu einer Geldstrafe von 10 000 M. oder 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Jaspers hatte seine Pflichten als Geschäftsführer in einer Weise ausgeübt, daß das Kapital flüchtig ging. Die Berufung wurde als unbegründet verworfen. (Verteidiger: R. A. Dr. R. A. K.)

Am 13. Oktober war der Landgerichtsrat Nikolaus Becker aus dem Rittigen gekommen und am 14. lieferte er bereits wieder ein neues Stück. Vor dem Hause S 5, 1 wurden von einer Rolle Waren ausgedrückt. Becker umschloß das Fuhrwerk, ergiff dann in einem Augenblick, wo er sich unbemerkt glaubte, einen Pack Söllwaren im Werte von 30 000 M. und verstaute es im Fluß des Raderbuhls. Als er dann bemerkte, daß ein Ballast sein Treiben doch verfolgt hatte, ging er zu ihm und sagte: „Sie haben nichts gesehen“, worauf er sich in der Richtung gegen den Markt davonmachte. Der Ballast verließ jedoch den Behälter, den Kaufmann Goldborn, der sich eilends zur nächsten Polizeiwache begab und dann in Begleitung eines Schutzmanns Becker in der Nähe von F 1 einholte. Becker behauptet, er habe keinen Diebstahl beobachtet, sondern nur einen Schwärmer. Er solle keinen Alkohol trinken. Professor Schulte habe es ihm verboten, — aber an dem fraglichen Tage hätten ihm Bekannte Geld zum Trinken gegeben und er habe das nicht ablehnen können. Auf Grund der Beweisaufnahme war das Gericht mit dem Staatsanwalt der Meinung, daß es sich um einen planmäßig vorbereiteten Diebstahl handelte und erkannte gegen den rüchellosen Angeklagten unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. „Nehmen Sie die Strafe an?“ fragte der Vorlesende. — Die Antwort lautete nach einigem Zögern: „Ja!“

Die Sitzung vollzog sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Zunächst wurde gegen den 21 Jahre alten Landgerichtsrat Georg Heinrich Reiter wegen Vergehens nach § 176, Ziffer 3, Str.-G. verhandelt. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis. — Dann hatte sich Elsbeth Becker aus Mainz wegen Anstalt zu verantworten. Das Schöffengericht hatte sie als reif fürs Arbeitshaus erklärt. Ihre Berufung blieb erfolglos. — Als letzter Angeklagter hatte sich der 45 Jahre alte Martin Sponagel aus Schorhof zu verantworten, der sich an einem mit ihm verwandten Kinde vergangen hatte. Trotz seines Teenagers wurde gegen ihn auf eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten erkannt. Verteidiger: R. A. Dr. Koh jun.

Der Klante-Weltkongress vor Gericht

Berlin, 12. Dez. Der umfangreiche Strafprozeß gegen den bekannten Weltkongress Max Klante u. Co., der in der dreizehnten Session seit längerer Zeit mit berechtigter Spannung erwartet wird, wird vom Montag ab die zweite Strafkammer beim Landgericht III Berlin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siegel beauftragen. Neben dem Hauptangeklagten Max Klante werden der Gehilfen Gerhard Klante, der Kaufmann Hornig, der Vertreter Otto Jensch, der Weinbändler Kuno Dethlefsen und ein gewisser Epstein auf der Anklagebank zu erscheinen haben. Alle Beschuldigten stehen unter der Anklage des Betruges, des gewerbsmäßigen Glückspiels und des Konkursvergehens. Klante, der Sohn eines kleinen Geschäftsmannes aus Schlessen, hat sich in den verschiedensten Berufsweisen betätigt. Seine Einkünfte aus diesen Erwerbden waren so gering, daß er eine Reihe von Jahren Armenunterstützung bezog. Nach verschiedenen vergeblichen Bemühungen, einen ausreichenden Lebenserwerb zu finden, gründete er im Mai 1920 in Karlsruhe den Weltkongress Klante, um durch Ausnutzung eines Sektens höheren Gewinn zu erzielen. Das Gründungskapital betrug damals 3000 M. Eine Reklamekampagne in allen möglichen Sport- u. Tageszeitungen sollte ihn, außerdem wurden das „Berliner Sportjournal“ und eine Wochenchrift „Der Weltreiter“ gegründet. Das Geschäftslokal befand sich anfangs in Karlsruhe, wurde aber später nach der Großen Frankfurter Straße in Berlin, in das eigens zu diesem Zweck erwor-

forps an. Auch mein Reisegefährte war früher zaristischer Wlan-Oberleutnant. Im roten Heere machte er rasche Karriere und brachte es bis zum Brigadefeldwebel, um heute wieder Ordonoanzoffizier zu spielen. Dies gehört auch zu den Eigenheiten des roten Heeres. Es kennt keine Ehrgänge, sondern nur Führerstellen. Nicht nur wegen Unfähigkeit, sondern auch aus jedem anderen Grunde kann man eine Stelle verlieren — beispielsweise wegen Vermeidung der mobilen Formationen. — Er erzählt man mir, daß der berühmte Reitergeneral Budjonnj heute eine Colobron führt. Ich glaube diese Anekdote zwar nicht, immerhin ist sie bezeichnend und könnte ganz gut wahr sein.

So gehört viel Idealismus zur Wahrung des roten Offiziers auch noch in anderer Hinsicht. Die Gehälter sind unter dem Systemminimum. Der ehemalige Wlanoberleutnant bekommt zwölf Millionen. Der Direktor der Kriegsschule in Kschabad, mit dem ich ein andermal zusammenreiste, 20 Millionen. Damit kann einer glatt verhungern. Wer nichts mehr von früher zu verkaufen hat, muß wie fast jedermann, versuchen, durch Spekulationen oder irgendwelche Geschäfte, seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Erfahrunglich ist, wie sich die Russen unter diesen Verhältnissen ihre großzügige Gastfreundschaft erhalten haben. Auch mein Reisegefährte läßt mich — als ob es selbstverständlich wäre — zu sich in sein Haus ein, da es in Kuska keinerlei Unterkunstmöglichkeit für Fremde gibt. Dabei ist seine Wohnung mehr als eng. Er wohnt mit einem anderen gleichfalls verheirateten Kameraden zusammen, und jede Familie hat nur ein Zimmer. Die Küche für das einfache Essen befindet sich im Freien und besteht aus drei Ziegelsteinen, auf die Feldsteine oder Platten gesetzt werden.

Nach der Ankunft am späten Abend sind wir alle in dem größeren der beiden Zimmer zusammen. In dem einen einzigen Bett liegt die Frau meines Gastgebers und stillt ihr Baby. Vor dem Bett auf dem Boden schlammert zusammengekauert wie ein kleines Tier ein vierzehnjähriges Mädchen, eine Waise aus dem Hungergebiete, die der Offizier von seiner letzten Reise mitbrachte, um sie vor dem Verhungern zu retten. Die anderen sitzen um den Tisch auf harten Holzstühlen zusammen vor der Platte mit Spiegeln, die der andere Kamerad gerade draußen geboten hat. Dazu dampft der Sotomow und meine Gastgeber erzählen mir, wie gut es sich jetzt in Rußland lebt im Vergleich zu dem ersten Jahren der Revolution. Und sie waren nicht etwa verjagte Bewegungsgewisse, sondern hatten sich von Anfang an der bolschewistischen Bewegung angeschlossen.

Als es Zeit zum Schlafengehen ist, schläge ich das mit freundlicher im Zimmer angebotene Lager aus, in dem schon vier Menschen übernachteten, und richte mir draußen im Garten mein Bett, das lediglich aus Schilf und Moskitonez besteht.

bene „Café Gallipoli“ verlegt. In luxuriös ausgestatteten Räumen wurde der Einzähler in Empfang genommen, ihm das System mundgerecht gemacht und schließlich das Geld abgenommen. Das Personal Klante setzte sich aus 42 Personen zusammen, wozu noch 40 Vertreter über das ganze Reich verteilt waren. Infolge der ungeheuren Propaganda, die der Konzern ständig durchführte, gelang es in ganz kurzer Zeit, nicht weniger als 80 000 Personen zur Einzählung zu gewinnen. Diese enorme Belegschaft brachte es auch zuwege, daß im Jahre 1921 in einer Zeitspanne von fünf Monaten mehr als 188 Millionen Mark an barem Gelde dem Weltkongress zufließen. Anfangs wickelte sich die Dividendenzahlung sehr glatt ab, bis sich dann später, wie die Anklage behauptet, herausstellte, daß Klante alle Gewinne lediglich aus Reueinsparungen bestritt. Diese Art der Geschäftsführung mußte naturgemäß zum Zusammenbruch führen. Im September 1921 eröffnete das Amtsgericht Lichtenberg den Konkurs über das Unternehmen, wobei festzustellen, daß neben Vorrechtsforderungen in Höhe von 20 Millionen angemeldete Forderungen von etwa 50 Millionen Mark vorhanden waren.

Max Klante behauptet nun in einer längeren Verteidigungsschrift, daß sein System unbedingt seine gewinnersprechenden Angaben rechtfertige. Trotz aller Garantien war das System absolut verfehlt und es ergab sich leihen Endes ein buchmäßiger Verlust von rund 57 Millionen Mark. Doch ein derartiges Geschäft die peinlichste Buchführung erfordert hätte, hat Max Klante niemals eingesehen, denn bei den Revisionen fand man Millionensummen nur mit Bleistift verzeichnet. Ueber den Verkehr des Unternehmens mit den Banken und über den Geldverkehr mit den Volkshändlern in Berlin und Breslau finden sich überhaupt keine Buchungen. Der Strafprozeß dürfte erst völlige Klarheit über den Betrieb bringen. Zum Haupttermin sind nahezu fünfzig Zeugen geladen, unter denen sich auch eine Anzahl beidseitiger Bücherrevisoren befinden. Die Verteidiger wollen einen umfangreichen Beweis dafür antreten, daß ein Betrag im Sinne des Gesetzes nicht vorliegt.

Neues aus aller Welt

Ein lehrreicher 1000 M. Schein. Die Stadt Bielefeld hat wie der „Aufwärt“ berichtet, einen 1000 M. Schein hergestellt. Der Angaben über die Ausplünderung Deutschlands durch die Entente enthält. So ist z. B. berechnet, daß die vom Deutschen Reich gewährten Sachleistungen und Geldzahlungen an die Siegerstaaten jetzt einen Betrag von 91 Millionen und 66 Milliarden M. darstellen und daß die von uns verlangten Entschädigungen in Goldmark siebenmal größer sind als die Geldgewinnung der ganzen Welt seit der Entdeckung Amerikas. Ferner findet sich auf dem Schein der Protest der deutschen Vertreter bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrags: „Der übermäßigen Gewalt weichen und ohne die Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen auszugeben.“

Ein Mädchen aus unferen Tagen. Ein Hauptlehrer in Bartenstein machte während seiner kurzen Amtstätigkeit daselbst eine aufsehenerregende Eroberung, indem er das Herz der reizenden fürstlichen Prinzessin Maria Rosa zu Hohenlohe-Bartenstein gewann. Die verwitwete Fürstin Anna, geb. kaiserliche Prinzessin und Erzherzogin von Oesterreich und Toskana, hat sich mit der Prinzessin Maria und, wie man hört, auch in Begleitung des Lehrers dieser Tage nach Salzburg begeben, anscheinend, um die Einwilligung der Großmutter, verewitweten Erzherzogin von Toskana, einzubohlen, die wohl nicht verwehrt werden wird. Auf Weihnachten soll die offizielle Verlobung erfolgen.

Die „große Zeit“ der Diebstähle. Ein Brinkmann und ausländische Konten in Höhe von etwa 10 Millionen Mark wurden nach einer Meldung des „Zwölf-Uhr-Mitteilungsblattes“ einer in einem großen Berliner Hotel in der Nähe des Potsdamer Platzes wohnenden Deutschamerikanerin gestohlen. Die Konten wurden im Auto-Omnibus von Tschendleben gestohlen, die ein fürstliches Gebränge inszeniert hatten. Auf die Ermittlung des gestohlenen Gutes wurde eine Belohnung von 500 000 Mark ausgesetzt. — Nach einer Meldung des Berliner Blattes aus K. o. s. d. wurden aus dem dortigen Univeritätskrankenhaus 17 Kaninchen gestohlen, die zu Versuchszwecken mit Epphusbazillen geimpft waren.

Die rasenden Chauffeure vor den Leiden ihrer Opfer. Die bedrängend wachsende Zahl der Unfälle, die in den großen amerikanischen Städten durch überhöhtes Fahren der Automobile verursacht werden, führte kürzlich in Detroit zu einer ungewöhnlichen Szene. Auf Befehl des Richters Bartlett wurden zehn Chauffeure, die des Verstoßes gegen die Fahrordnung für schuldig befunden worden waren, in das städtische Gefängnis geführt, um dort den Leiden von sieben Personen, die von Automobilen überfahren worden waren, gegenübergestellt zu werden. Der Richter ging dabei von der Anschauung aus, daß es einen heilsamen Eindruck auf die Automobilfahrer machen würde, wenn ihnen die verhängnisvollen Folgen des wahnwitzigen Schnellfahrens, das in Amerika jährlich jährlich 50 000 Unfälle zur Folge hat, vor Augen geführt würden. Die Chauffeure wurden in das Leidenhaus, wo Leiden von fünf Männern, einer Frau und einem Kinde ausgestellt waren, geführt und gezwungen, mit dem Hute in der Hand die Augen auf die Toten zu richten. Richter Bartlett befahl ihnen dann, ihre rechte Hand zu erheben und angehörslich den Leiden zu schwören, daß sie in der Folge die Bestimmungen der Fahrordnung beachten und im gleichen Sinne auch auf ihre Freunde einwirken wollten.

Der aufgelöste Sultansharem. Nach einem Konstantinopeler Telegramm des „Neuener Rotterdamse Courant“ suchen die türkischen Nationalisten Männer für die 150 Frauen des vorigen Sultans, die nun der Regierung zur Last fallen, weil der Harem ja eine Staatsanwendung war. Der „Courant“ meldet, die Damen würden alle als angenehm aussehend geschildert und seien zwischen 17 und 35 Jahre alt.

Heitere Ede

Empfehlung. Hoser sieht sich die Großstadt an, kommt auch spät nach Sonnenuntergang in eine der Vergnügungstätten, wo gelungen, getanzt und endlos gezecht wird, was ihm zu mißfallen scheint, denn er spricht, während er Platz nimmt, vor sich hin: „Ein Sodam, ein Gomorcho!“ — „Weider nicht da,“ sagt die auch schon neben ihm aufgetauchte Kellnerin, „nehmen S' halt Soda und Himbeer.“ (Jugend.)

Briefkasten

Wir bitten für den Briefkasten bestimmte Einwendungen auf dem Umschlag als solche kenntlich zu machen. Mühselige Auskünfte können nicht gegeben werden. Verantwortung juristisch und redaktioneller Fragen ist ausgeschlossen. Jeder Anfrage ist die letzte Gegenantwort beizufügen. Anfragen ohne Namensnennung werden nicht beantwortet.

Riesentragen können wir, da sie zu zahlreich eingehen, nicht mehr beantworten. Hausbesitzer und Mieter wollen sich höher immer an den Grund- und Hausbesitzer-Bericht begeben, an die Mietervereinnigung wenden.

R. S. H. Die Kunstakademie befindet sich in Karlsruhe.

A. V. H. Es in Bayern eine bezartige Verfassung besteht, entzieht sich weiterer Kenntnis.

Brombeertwein. Genaueres konnten wir nicht in Erfahrung bringen; es wird jedoch sein wie bei anderem Wein: auch 1/2 Jahr auf Deck und dann abziehen lassen.

Kamätschelei. Wenden Sie sich wegen der Einlösung an H. Bleichröder oder Fr. Reubelsohn u. Co., Berlin.

Umgehener. Bei einmaligem Verkauf in Friedrichshagen und wenn es sich nicht um Altrentner handelt, ist keine Umgehener zu entrichten. Auswenn es „Altrentner“ sind, käme vielleicht Zuzuschauer in Betracht.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Dezember

Wasser-Dege	7.	8.	9.	10.	11.	12.	Referenz-Dege	7.	8.	9.	10.	11.	12.
Schutterdeich	1,10	1,25	1,36	1,41	1,10	1,10	Manheim	3,57	2,70	1,08	1,27	1,00	1,58
Hell	2,27	2,20	2,27	2,28	2,24	2,22	Heidelberg	1,75			1,70	1,58	
Mannheim	4,13	4,17	4,25	4,20	4,10	4,09							
Worms	1,38	1,46	1,56	1,65	1,51	1,53							
Rank	2,77	2,70	2,84	2,96	2,89								
Wies	2,23	2,27	2,33	2,34									

Mannheimer Wetterbericht v. 12. Dez. morgens 7 Uhr

Barometer: 766,6 mm. Thermometer: 0,5° C. Niederschlag: 1,3 Liter

nachts: 0,5° C. Höchste Temperatur gestern: 1,5° C. Niederschlag: 1,3 Liter auf dem qm. Windstill, bedeckt.

